auch des vollen Erfolges sicher sein und darf die Maßnahme nicht so sehr abschwächen, daß das Odium bleibt, die Wirkung aber ausbleibt, und die Maßnahme versagt. (Sehr gut! Bravo!) Meine Herren, seitdem ich Ministerpräsident bin, bin ich in der Ostmarkenfrage den Traditionen des Fürsten Bismarck gefolgt, habe ich in der Ostmarkenfrage an den Traditionen des Fürsten Bismarck festgehalten. Der Herr Freiherr v. Lucius hat uns soeben auseinandergesetzt, er glaube nicht, daß man den Fürsten Bismarck als Zeugen für die Enteignung anrufen könnte. Ja, meine Herren, wie sich Fürst Bismarck zu dieser Maßnahme stellen würde, wenn er noch unter den Lebenden weilte, das kann heute niemand mit Bestimmtheit sagen. Ich bin aber überzeugt — auf Grund so vieler Auslassungen des Fürsten Bismarck, auf Grund so vieler Reden, die er gehalten hat, auch in diesem hohen Hause, auf Grund alles dessen, was er nach seinem Rücktritt zürnend und mahnend gerade über die Ostmarkenfrage gesagt hat, auf Grund der ganzen Ostmarkenpolitik, an der Fürst Bismarck stets festgehalten hat —, daß wir ihn heute unter denen sehen würden, die für die Enteignung eintreten. Wie Fürst Bismarck Gefahren, die dem deutschen Volke drohten, meist früher und schärfer zu erkennen pflegte als andere, so hat er auch den ganzen Ernst des Ostmarkenproblems tiefer erkannt als die meisten seiner Zeitgenossen. Nachdem die preußische Politik diesem Problem jahrzehntelang schwächlich und schwankend gegenübergestanden hatte, hat Fürst Bismarck in einer planmäßigen Ansiedlung deutscher Bauern uns den Weg gewiesen, auf dem sich die Stellung des Deutschtums im Osten behaupten läßt. Diese Ansiedlungspolitik fortzusetzen, habe ich als ein uns überkommenes Vermächtnis des ersten Kanzlers angesehen. Auf diesem Wege dürfen wir nicht vor dem ersten Hindernis Halt machen, nicht vor dem ersten Hindernis zurückweichen. Auf diesem Wege dürfen wir uns nicht scheuen, wenn es not tut, die konsequente und zähe Energie zur Anwendung zu bringen, die in großen staatlichen Existenzfragen allein vorwärts bringt und allein den Sieg verbürgt. (Bravo!) Die schwerwiegende Frage, vor der dieses hohe Haus steht, ist diese: will das preußische Herrenhaus, wollen Sie, meine Herren, durch Ablehnung der von uns geforderten Machtmittel die Fortsetzung der von uns in voller Uebereinstimmung mit der Krone und unter Zustimmung des anderen Hauses des Landtags weitergeführten Bismarckschen Ostmarkenpolitik lahmlegen und unmöglich machen? Die Königliche Staatsregierung gibt sich der Hoffnung hin, daß das Bewußtsein dieser Verantwortlichkeit Sie, meine Herren, dahin führen wird, mit dem anderen Hause des Landtags der Königlichen Staatsregierung die Mittel zu gewähren, die notwendig sind, um schwere Beeinträchtigungen der Interessen des Landes zu verhindern. Von diesem Gesichtspunkte aus kann ich Sie nur bitten, dem jetzt vorliegenden Antrage der Herren Adickes und Genossen Ihre Zustimmung zu erteilen. (Lebhaftes Bravo!)

Herr v. Wedel-Piesdorf: Ein Enteignungsrecht zu politischen Zwecken ist eine so außerordentliche, in der Geschichte unerhörte Maßregel, daß es kein Wunder ist, wenn diese Vorlage in beiden Häusern des Landtags den ernstesten Bedenken begegnet. Wie ein Redner im Abgeordnetenhause sich ausdrückte, ist es eine Maßregel, die zwar der Verfassung nicht widerspricht, aber die Grenzen des Rechts streift. Nach den Abgeordnetenhausbeschlüssen dürfen nur zur Abrundung und nur im Umfange bis zu 70 000 Hektar Enteignungen stattfinden. Das ist dem Umfange, aber nicht der Qualität nach eine Einschränkung. Im Gegenteil, dies Verfahren wird verschärfend wirken, und in zwei Jahren wären die 70 000 Hektar erschöpft. Nun hofft zwar die Regierung, daß die Polen dann freiwillig ihre Güter der Staatsregierung überlassen würden, aber der Terrorismus und Patriotismus der Polen ist zu groß, als daß sie je freiwillig ihren Besitz herausgeben. Die Kommission hat sich entschlossen, den alten angestammten Besitz wenigstens vor der Enteignung zu schützen. Sie findet eine große Härte darin, einen Mann, dessen Besitz vielleicht Jahrhunderte in seiner Familie ist, der weiter nichts verbrochen hat, als daß er Pole ist, aus seinem Besitz herauszuwerfen. Die Frist von 10 Jahren ist willkürlich gewählt. Es scheint mir besser, einen festen Termin zu setzen, und zwar das Inkrafttreten des Enteignungsgesetzes von 1886, weil dies der Moment ist, wo der Kampf um den Boden in den Ansiedlungsprovinzen begonnen hat. Dadurch wird auch die der Staatsregierung zur Verfügung stehende Fläche nicht unerheblich vermehrt, und sie nimmt im Laufe der Zeit infolge eintretender Veräußerungen immer mehr zu. Man muß aber vor allen Dingen auch darauf bedacht sein, die deutsche Bevölkerung festzuhalten. In dieser Beziehung nützen die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses gar nichts, denn jeder polnische Besitzer, der infolge seiner Enteignung die Tasche voll Geld hat, wird kein eifrigeres Bestreben haben, als deutschen Grundbesitz in einer Lage anzukaufen, wo er nicht an andere größere Ansiedlungen grenzt. Auch dem Verfahren, daß die deutschen Grundbesitzer von der Enteignungskommission einen hohen Preis fordern unter der Drohung, sonst an einen Polen zu verkaufen, wird ein Riegel vorgeschoben. In meinem Antrage will ich den Ausschluß der Fideikommisse streichen, denn das ist eine ganz überflüssige Bestimmung, da die Fideikommisse zu dem langjährigen alten Besitz gehören, der durch die Bestimmungen geschützt ist. Dann will ich statt der zehn Jahre einen bestimmten Tag setzen, und zwar aus dem Jahre 1886, weil damals der Kampf um den Grundbesitz begann. Ich bitte Sie, meinen Verbesserungsantrag anzunehmen und mit diesem die Beschlüsse der Kommission. (Beifall.)

Generalfeldmarschall **Graf v. Haeseler:** Ich bitte um Erlaubnis, mit wenigen Worten meinen Standpunkt zur Enteignung aussprechen zu dürfen. Ich bin ein Gegner der Enteignung. Ich bin nicht überzeugt worden, daß der Artikel 4 der Verfassung, daß alle Preußen vor dem Gesetz gleich sind, von der Vorlage unberührt bleibt. Selbst wenn diese Auffassung zuträfe, so bleibt in der Enteignung eine große Härte. Jeder, der einen Besitz sein eigen nennt, fühlt mit, was es heißt, wenn man mit dem, woran man die Arbeit seines Lebens gesetzt hat, woran die Eltern und Großeltern gearbeitet haben, vor der Ungewißheit steht, ob es einem morgen noch gehört. (Zustimmung.) Es ist gesagt worden, wenn im Kriege Tausende erschlagen werden können, so könne auch der Staat berechtigt sein, im Interesse seiner Sicherheit zu enteignen. Das sind grundverschiedene Dinge. Der Krieg ist eine gerechte Ausgleichung entgegenstehender Interessen. Bei der Enteignung ist aber der eine wehrlos und kann sich nicht einmal beschweren. Es ist ferner gesagt, es könnte eine Gefährdung, eine Notlage eintreten, wenn der Staat, gedrängt von äußeren Feinden, noch den inneren Feind zu überwinden habe. Diese Situation hatte Preußen vor 150 Jahren zu bestehen und bestanden. Wenn diese Notlage eintritt, so wird der lebende Wall der Ansiedlungen auch nicht die Hülfe aus der Not sein, dann liegt die Rettung wo anders, bei der Wehrkraft der Nation, bei der ultima ratio regis. (Lebhafter Beifall.)

Graf **von der Schulenburg-Grünthal:** Ein anderes Mittel, der leidigen Nationalitätenfrage ein Ende zu machen, weiß ich auch nicht, aber der Enteignung kann ich nicht zustimmen, weil sie nicht zum Ziele führt, weil sie ein Schlag ins Wasser ist, und weil ich sie nicht mit meinem Gewissen in Einklang bringen kann. (Zustimmung.) Ich habe gegen die Enteignung prinzipielle Bedenken, zwar nicht bezüglich der Verfassung, denn hervorragende Juristen, wie der Justizminister, haben uns belehrt, daß eine Verfassungsverletzung nicht vorliegt, aber wir treten hier vor ein absolutes Novum. Bisher wurde enteignet um der Sache willen, hier wird zum ersten Male enteignet um der Person willen. (Zustimmung.) Hier wird ein preußischer Untertan — denn das ist auch der Pole — von Haus und Hof vertrieben, um den anderen preußischen Untertan, den man sich vielleicht erst von der Wolga oder aus Argentinien verschrieben hat, an die Stelle zu setzen. Damit begeben wir uns auf eine schiefe Ebene, und ist der Stein erst ins Rollen gekommen, so weiß niemand, wohin die Reise geht. Von der Enteignung aus nationalen Gründen bis zur Enteignung aus politischen Gründen ist nur ein kleiner Schritt. Wenn wir den Grundsatz der Unverletzlichkeit des Eigentums durchlöchern, so sägen wir den Ast ab, auf dem wir sitzen (Sehr richtig!), und leisten einzig und allein dem Umsturz Vorspann. (Sehr richtig!) Dann wird über das Votum des Herrenhauses niemand mehr triumphieren als die Sozialdemokratie. (Zustimmung.) Die Antragsteller haben mit ihren Anträgen nach ihrer tiefinnersten Ueberzeugung gehandelt, aber ich sage mit einem Wort der Heiligen Schrift, die Herren betrügen sich selbst, denn sie übersehen die Konsequenzen nicht. Hat man erst A gesagt, muß man auch B sagen. Kann ich mir von der Enteignung keinen Nutzen versprechen, oder sie mit meinem Gewissen nicht vereinbaren, so muß ich sie aus Prinzip ablehnen; im anderen Falle muß ich sie ganz annehmen (Sehr richtig!), dann muß ich der Regierung eine scharfe Waffe geben, ihr die Enteignung unbeschränkt geben, wie sie sie verlangt. (Sehr richtig!) Wenn wir aber jetzt in diesem Sinne stimmen würden, so ständen wir nach wenigen Jahren immer wieder vor einer neuen Vorlage, und der nationale Kampf würde immer von neuem entbrennen. Das ist die Geschichte von dem Studenten, der seinem Hund den Schwanz stückweise abschnitt, weil es mit einem Male zu weh tue. Mir haben Herren gesagt, sie seien in ihrem innersten Herzensschrein meiner Meinung, aber sie möchten der Regierung gegenüber die Verantwortung nicht übernehmen. Ich bin mir der Verantwortung bewußt, wenn ich gegen § 13 stimme, aber bin ich, wenn ich für die Regierung stimme, der Verantwortung ledig? Mit nichten, denn wenn ich so stimme, nur um der Regierung zu helfen, gegen meine innere Anschauung, so übernehme ich eine Verantwortung, die noch schwerer ist, die so groß ist, daß ich sie zu übernehmen nicht den Mut habe. (Lebhafter Beifall.) Mitglieder des Hauses, die sehr reich mit Grundbesitz gesegnet sind, sagten mir, ich triebe Prinzipienreiterei, denn wenn die Sozialdemokratie ans Ruder käme, gehe doch alles drunter und drüber, gleichviel, ob wir die Enteignung jetzt zulassen oder nicht. Das gebe ich zu, aber, als die Vorlage bekannt wurde, schrieb eine Zeitung einer Partei, mit der wir im Reichstag jetzt sogar eine Vernunftehe geschlossen haben (Heiterkeit), die Vorlage gehe nicht weit genug, sie müßte auf den Grundbesitz in ganz Preußen überhaupt ausgedehnt werden. Niemand weiß, wie später der Wind weht, wenn aber solche Parteien einmal die Oberhand gewinnen, so liegt in dem Präzedenzfall dieser Vorlage eine große Gefahr. Wenn dann der Nachkomme von der Scholle seiner Väter vertrieben würde, so würde er mit Fingern auf das Grab des Ahnherrn zeigen: der da hat den ersten Schritt zu meinem Unglück getan. Mein Grab will ich davor sichern. (Beifall.) Wenn das Herrenhaus diesem § 13 zustimmt, so wirft es die Traditionen dieses Hauses, die es über 50 Jahre gepflegt hat, über den Haufen (Unruhe und Oho!-Rufe), dann werden wir im Lande nicht verstanden werden, dann wird man sagen: die Regierung kann vor dieses Haus mit einer Vorlage kommen, wie sie will, das Haus sagt doch Ja und Amen. Wenn wir diesem § 13 zustimmen, dann gräbt das Herrenhaus sein eigenes Grab, dann begeht es Selbstmord. (Lebhafter Beifall.)

Finanzminister **Frhr. v. Rheinbaben:** Zu behaupten, daß die Ansiedlungstätigkeit die Gegensätze hervorgerufen oder verschärft habe, heißt Ursache und Wirkung verwechseln. Die Ansiedlungskommission ist erst eingesetzt zur Abwehr des polnischen Ansturms. Die Angriffe von polnischer Seite haben den Fürsten Bismarck zu dem Gesetz von 1886 genötigt. Schon vorher, 1885, sagte der Minister v. Goßler, wie auf allen Gebieten das polnische Element sich scharf gegen das deutsche absondere. Diese systematische Absonderung und vor allem das Vordringen des Polentums auf dem Gebiet des Gütermarktes veranlaßte den Fürsten Bismarck zu dieser Ansiedlungspolitik. Daß wir mit dem Ansiedlungsfonds die Polen saniert haben, ist eine ganz übertriebene Anschauung. Von dem Geld, das die Kommission für die zumeist verschuldeten Güter ausgab, flossen 90 pCt. in die Hände der Hypothekengläubiger, die meistens Deutsche waren, und nur 10 pCt. in die Hände der Polen. Auch die Besorgnis der Ueberflutung der Nachbarprovinzen ist hinfällig, denn von den ausgekauften Polen haben sich nur 12 pCt. wieder angekauft und nur 1 pCt. in der Provinz Ostpreußen, die übrigen blieben in der Provinz Posen. Daß Fürst Bismarck selbst schon die Enteignungsidee gehabt hat, daran ist kein Zweifel, denn er hat damals ausgeführt: wenn der Staat zu Gunsten von Straßen, Eisenbahnen, Festungen oder eines Hafens wie in Hamburg ganze Stadtteile enteigne, warum sollte er dann nicht auch im Interesse seiner Sicherheit enteignen dürfen? Fürst Bismarck hat also klar ausgedrückt, daß die Enteignung eine Staatsnotwendigkeit sein könne. Zu der Aenderung des Systems, nur polnische Güter zu kaufen, sind wir erst gekommen, als wir keine mehr bekommen konnten. Das Gesetz von 1886 will den polnischen Großgrundbesitz durch deutschen Kleinbesitz ersetzen. Wollen wir diese Aufgabe erfüllen, so bleibt uns jetzt kein anderer Weg, als den polnischen Besitz zu enteignen. Aus deutscher Hand sollen wir nicht kaufen, und aus polnischer Hand bekommen wir nichts mehr, dann müßten wir unsere ganze Ansiedlungstätigkeit einstellen. Frhr. v. Lucius sagt, die Provinzen könnten uns nicht verloren gehen, und Graf Haeseler sieht die Hülfe in den Bajonetten. Diese Frage darf man doch nicht bloß nach der äußeren Seite betrachten, ob wir einen Aufstand mit bewaffneter Macht niederschlagen können, sondern auch nach der inneren Seite, ob wir diese Landesteile innerlich erhalten wollen, ob wir sie dem Deutschtum gewinnen, oder zusehen wollen, wie sie uns innerlich verloren gehen. Zu einem zutreffenden Urteil kommt man nur, wenn man die Frage als den Markstein eines großen geschichtlichen Prozesses betrachtet. Wir haben durch Jahrtausende deutsche Kultur von Westen nach Osten getragen, den germanischen Geist über die Elbe, seine einstige Grenze, an die Ufer der Weichsel und des Meeres getragen. Der alte Erbfehler deutschen Wesens, die Uneinigkeit, hat uns zum Teil um die Früchte der Arbeit gebracht, und die einst durch die Tätigkeit der deutschen Ordensritter geschaffenen Gebiete fielen wieder unter die polnische Unkultur. Nach jahrelanger Herrschaft unter der polnischen Krone stehen sie jetzt wieder unter den Fittichen des preußischen Adlers. Man vergleiche den damaligen Zustand, wie ihn Friedrich der Große ein zweites Kanada nannte, mit dem glänzenden wirtschaftlichen Aufschwung unter der Tätigkeit der preußischen Regierung. Aus einem Volke, das in tiefster Unkenntnis dahinlebte, wie Friedrich der Große sagte, ist unter der Aegide der preußischen Krone ein blühendes Land mit geordneten Rechtszuständen geworden. Die Polen sind sich wohl bewußt, daß, wer den Boden hat, auch die Herrschaft hat, und so gehen sie systematisch, von dem Landhunger der kleinen Leute unterstützt, darauf aus, den deutschen Besitz in polnische Hand zu bringen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß in den letzten Jahren der Uebergang von deutschem Besitz in polnische Hand in steigendem Maße gewachsen ist. Wir haben trotz der Tätigkeit der Ansiedlungskommission 100 000 Hektar an die Polen verloren. Ohne die Ansiedlungskommission würden wir nicht weniger als 80 Quadratmeilen an die Polen verloren haben. Entweder ist der Moment schon eingetreten oder ganz nahe, wo uns die entscheidende Stimme dadurch genommen wird, wo wir nicht mehr im Besitz des größten Teils des Landes sind. Der Uebergang von Besitz in polnische Hand hat sich nicht auf den Großgrundbesitz beschränkt, sondern er erstreckt sich in immer steigendem Maße auch auf den kleinen Besitz. Glauben Sie, daß diese Bewegung zum Stillstand kommt? Wie glaubt Graf Haeseler, die Landesteile in Zukunft zu halten, wenn allmählich der ganze Grund und Boden polnisch ist? (Widerspruch.) Das sind durchaus keine Utopieen, sondern nackte Tatsachen, auf die sich der Schluß aufbaut, daß der Besitzübergang mit Naturnotwendigkeit seinen Fortgang findet. Es ist schlechterdings nicht einzusehen, welcher Unterschied bestehen soll zwischen der Enteignung der Person und der Sache. Ob ein Besitzer enteignet wird, um ein Fort anzulegen oder eine Eisenbahn, oder um das Deutschtum im Osten zu erhalten, ist gleich. Alles geschieht aus sachlichen Rücksichten, die natürlich auch den Besitzer betreffen. Höchstens ist ein Unterschied insofern, daß die nationalen Rücksichten höher als alle anderen Rücksichten und Verkehrsbedürfnisse stehen. Wenn Graf Schulenburg eine Warnung an uns gerichtet hat, daß es sich hier um einen ersten Schritt zum Umsturz handele, so bedurfte es dieser Warnung nicht. Niemand denkt daran, diese Vorlage als ersten Schritt zur Enteignung des Großgrundbesitzes zu erachten. Wir haben ausdrücklich abgelehnt, aus dem Enteignungsgesetz von 1874 das Recht abzuleiten, diese Vorlage zu machen. Wir haben vielmehr um die Ermächtigung gebeten, auf Grund dieser Vorlage die Enteignung vorzunehmen. Wenn wirklich eine Regierung ans Ruder käme, die den Großgrundbesitz an sich enteignen wollte, glauben Sie, daß solche Regierung noch tragen würde, ob ein casus similis in der Vergangenheit vorhanden ist? (Sehr richtig!) Eine solche Regierung wird nie eintreten, wenn sie aber eintritt, wird es ihr ganz gleichgültig sein, ob in Posen und Westpreußen schon ein Enteignungsrecht existiert. Wir betrachten es als unsere Pflicht, den eminenten und nationalen Rücksichten des Ostens Rechnung zu tragen, um zu verhüten, daß der deutsche Charakter dieser Provinz später verloren geht, und eines schönen Tages der Zeitpunkt kommt, wo das Streben, diesen Besitz nicht nur innerlich, sondern auch äußerlich von Preußen abzutrennen, in Erfüllung geht. Wir würden unsere Pflicht brechen, wenn wir nicht alles mögliche täten, um den deutschen Besitz im Osten zu halten. Hätten wir die Flottwellsche Polenpolitik nur noch einige Jahrzehnte fortgeführt, so wären wir jetzt sicherlich nicht genötigt, zu diesen viel weiter gehenden und viel schärferen Maßregeln zu greifen. Wie oft hat man uns in der Oeffentlichkeit — und mit Recht — Mangel an Konsequenz, schwankende Haltung vorgeworfen. Nun gehen wir erhobenen Hauptes voran, und da will man uns die absolut notwendigen Waffen versagen. Wenn aus der Vorlage nichts wird, dann möchte ich das Jubelgeschrei der Polen hören, dann würden Konsequenzen gezeitigt werden, die wir alle nicht übersehen. Es würden Schäden so schwerer nationaler Art eintreten, daß alle Welt sagen würde, wie kann eine sich ihrer Pflichten bewußte Regierung es zu solchen Zuständen kommen lassen! Ich hoffe, Sie werden nicht, wie Herr v. Burgsdorff sich ausdrückte, aus dem Uhrwerk ein einzelnes Rad ausschalten; wir haben schon ein Rad ausgeschaltet, die Konsequenz; aber wir sind bemüht, das Uhrwerk intakt zu halten. Stören Sie es nicht, ich bin sicher, daß eines schönen Tages die Stunde des Friedens schlagen wird, aber nur, wenn wir konsequent den Weg gehen, den wir jetzt eingeschlagen haben. (Lebhafter Beifall, Händeklatschen, teilweiser Widerspruch.)

Oberbürgermeister **Dr. Adickes-Frankfurt a. M.:** Ich möchte noch einmal kurz den Gewissensbedenken wegen der Enteignung entgegentreten. Graf Mirbach hat die Härten der Enteignung lebhaft geschildert, aber um unsere Truppenübungsplätze im Interesse der Wehrhaftmachung unseres Volkes zu schaffen, die oft 5 bis 10 Hektar umfassen und im ganzen 50 000 Hektar einnehmen, sind ganze deutsche Dörfer enteignet worden, und niemand hat danach gefragt, ob ein deutscher Bauer dort länger als 20 Jahre gesessen hat. Das geschah vom militärischen Gesichtspunkt aus, und auch bei dieser Vorlage liegen nicht politische Gesichtspunkte vor, sondern ebenfalls gute Gründe der öffentlichen Sicherheit. Als Westländer habe ich mich gefragt: wie kommt es, daß so viele Deutsche im Osten gegen die Enteignung sind. Die Herren aus dem Osten stehen den Dingen gegenüber wie ein Kammerdiener seinem Herrn, sie sehen alle Schwächen, die, wie bei jedem menschlichen Institut, auch bei der Ansiedlungskommission unvermeidlich sind. Sie sehen aber nicht, daß 300 deutsche Dörfer dort angesiedelt sind und jährlich 50 dazu kommen. Lehnen wir die Vorlage ab, so bekommen wir nicht den Frieden, sondern das Triumphgeschrei der Polen. Die Herren hier vom Großgrundbesitz, die Gegner der Vorlage sind, haben anerkannt, daß man von Polen nicht mehr kaufen kann, sie verlangen, daß von Deutschen nichts gekauft werden soll, also ist nur noch durch Enteignung Boden zu erlangen. Kann das Ansiedlungswerk nicht fortgesetzt werden, so wird durch die ständige Abwanderung der Deutschen der Osten bald ganz dem deutschen Blute entfremdet sein. Die Regierung hat erklärt, daß die Waffe, die ihr durch unsere Kommissionsbeschlüsse gegeben werden soll, eine stumpfe wäre. Die Unterzeichner des Antrages, der meinen Namen trägt, waren der Meinung, daß das Herrenhaus auch in der Lage sein müßte, sich auch zu den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses durch Abstimmung erklären zu können. Unser Antrag stellt im wesentlichen die Abgeordnetenhausvorlage wieder her, er kommt nur einem Wunsche des Kardinals Dr. v. Kopp nach und schützt den kirchlichen Besitz im weitesten Umfange, um nicht das Gespenst eines neuen Kulturkampfes heraufzubeschwören. Ich empfehle Ihnen unseren Antrag. (Beifall.)

Nach einer persönlichen Bemerkung des Generalfeldmarschalls Grafen Haeseler wird die weitere Beratung gegen ¾6 Uhr auf Donnerstag 11½ Uhr vertagt. (Vorher: Vereidigung neuer Mitglieder und Dampffährverbindung Saßnitz—Trelleborg.)

Parlamentarisches.

Reichstag.

* **Der Seniorenkonvent** trat heute zu einer Sitzung zusammen und beschloß, im Plenum zunächst den Etat des Reichsamts des Innern, dann den des Auswärtigen Amts und des Kolonialamts auf die Tagesordnung zu bringen. Man hofft, bis zum 25. März mit dem Etat fertig zu werden, und Donnerstag oder Freitag vor Palmsonntag in die Ferien zu gehen.

* **Die Budgetkommission** beriet heute den Etat für Ostafrika weiter. Staatssekretär Dernburg setzt seine Ausführungen über die Verhältnisse des ostafrikanischen Schutzgebiets fort. Eine Langsamkeit des Fortschritts, auf die der Abg. Dr. Spahn hingewiesen habe, sei nicht zu erkennen. In der prozentualen Zunahme des Handels ständen die deutschen Kolonieen unter allen — englischen, französischen, portugiesischen — Kolonieen in Afrika mit 24 pCt. Zuwachs im letzten Jahre und 20 pCt. jährlichem Zuwachs seit 1902 an erster Stelle. Die Flüsse, auf die der Abg. Dr. Spahn als Ersatz für Eisenbahnen hingewiesen habe, seien nur zu geringem Teile schiffbar und könnten Eisenbahnen nicht ersetzen. Der allgemeine Satz, daß keine Eisenbahn in den ostafrikanischen Kolonieen Ueberzinsung trüge, sei nicht richtig. Die Erfahrung lehre vielfach das Gegenteil. Bei der Rentabilität muß aber auch der indirekte Nutzen berücksichtigt werden, der durch Hebung der wirtschaftlichen Entwicklung der betreffenden Gebiete und Steigerung der Einnahmen aus Eingeborenensteuern erzielt werde. Endlich sei die Bedeutung für die Verteidigung des Landes nicht außer acht zu lassen. Der Aufstand in Südwestafrika habe uns in dieser Beziehung eine Lehre erteilt. Sein wirtschaftliches Programm sei auch ein kulturelles und ethisches Programm. Pflege der Gerechtigkeit, freundliche Heranziehung der Eingeborenen an die deutsche Herrschaft, Erhaltung der Rasse, Förderung ihrer gesundheitlichen Lage und ihrer wirtschaftlichen Prosperität, freies Walten der Missionen seien erforderlich. Er erhoffe durch den wirtschaftlichen Fortschritt auch kulturelle Erfolge. Zu starke Erwartungen nach der rein ethischen und kulturellen Richtung bei den Eingeborenen seien verfehlt, das hätten die Erfahrungen in Nordamerika gezeigt. Der nationale Gesichtspunkt sei selbstverständlich der allererste, aber es könnte doch nicht allen Deutschen in Ostafrika unterschiedslos die Erziehung der Eingeborenen überlassen werden. Er halte es für wichtig, daß möglichst viel tüchtige Deutsche nach Ostafrika kommen, aber er wisse noch nicht, ob sie dort leben und fortkommen könnten, und könne deshalb vom Regierungsstandpunkt die Auswanderung gegenwärtig nicht empfehlen. In der Wildschutzfrage solle der Mittelweg eingeschlagen und Reservate an Stellen eingerichtet werden, wo das Wild nicht gefährlich werden könne. Zusammenfassend bemerkt Redner, daß alle in Afrika kolonisierenden Nationen in ihrer Kolonialpolitik bezüglich der tropischen Kolonieen die gleiche Entwicklung durchgemacht haben wie wir. Die Notwendigkeit der Förderung der Eingeborenenproduktion sei in den französischen Kolonieen ebenso wie in den englischen anerkannt worden, während früher zum Teil mehr Gewicht auf die Ansiedlung Weißer gelegt sei. Gouverneur v. Rechenberg macht eingehende Mitteilungen über die Bedeutung der Araber für die Kolonie Deutsch-Ostafrika. Ihre Zahl sei gering, ihre kulturelle Bedeutung aber schon seit früherer Zeit nicht zu unterschätzen. In religiöser Beziehung sei zu beachten, daß die Art von Islam, die bei den Arabern in Ostafrika herrsche, sehr milde sei. Gefährlicher sei der Islam im Norden. Die Erfolge der christlichen Missionen seien nicht zu leugnen, die Missionare seien unleugbar aufopferungsvolle Menschen, aber die Mission müsse mehr von oben nach unten betrieben werden, das heißt, das Stammesoberhaupt zuerst gewonnen werden. Abg. Lattmann (Wirtsch. Vgg.): Die heutigen Darlegungen vom Regierungstische klangen anders als vor einigen Tagen. Warum wurde die Aufklärung nicht früher gegeben? Früher habe man die Eingeborenenkultur unterschätzt, jetzt scheine man sie zu überschätzen. Ihm scheine ein gerechter Ausgleich zwischen Eingeborenen- und Plantagenkultur das Rechte zu sein, beide unterstützt durch Bahnen. Der wachsende schwarze Mittelstand bedinge eine starke weiße Oberschicht. Auf Grund eines Briefes teilt Redner mit, daß die Neger erklärt hätten: „Mit Dernburg reisen wir nicht mehr, so viel Prügel, wie auf der Reise, haben wir niemals gekriegt.“ (Allgemeine Heiterkeit.) Redner fragt, ob nach diesen Strafen auch die vorgeschriebenen doppelten Protokolle aufgenommen worden seien. Es muß ein möglichst gegenseitiges Verständnis zwischen Verwaltung und Weißen und Verwaltung und Eingeborenen herrschen. Gouverneur Frhr. v. Rechenberg bestreitet die Zuverlässigkeit der Mitteilungen des Gewährsmannes des Abg. Dr. Lattmann. Er selbst kenne die betreffenden Neger und habe mit ihnen über die Reise gesprochen. Beschwert aber habe sich keiner trotz des Vertrauens, das sie zu ihm hätten. Abg. Ledebour (Soz) kritisiert die Ausbeutungspraktiken der Plantagenbesitzer. Wenn der Herr Staatssekretär auf seiner eigenen Reise nichts von den Prügeleien seiner schwarzen Reisebegleiter gemerkt hat, wie wenig wird er merken, wenn er hier in Berlin sitzt. Abg. Dr. Wiemer (Frs. Vp.): Die neuerdings kundgegebenen Richtlinien unserer Kolonialpolitik hätten ihn mit Genugtuung erfüllt. Aus nationalen Beweggründen müßten Opfer gebracht werden. Gegner der Kolonialpolitik sei er nie gewesen, nur müßten die Opfer im richtigen Verhältnis zum Erfolg stehen. Erfreuliche Ansätze dazu seien ja vorhanden, wenn auch nicht in Südwestafrika. Bezüglich der Eingeborenenpolitik klinge es heute anders als vor einigen Jahren. Die damals beliebte Politik sei schuld, daß heute in Südwest keine Arbeitskräfte mehr sind. Die Eingeborenenkommissare könnten segensreich wirken, wenn die rechten Männer gefunden werden. Das Sanitätsamt und das Landeskulturamt begrüßt er ebenfalls. Die Anschauungen des Staatssekretärs über die bessere Vorbildung der Beamten, die bessere Rechnungsführung billigt er gleichfalls. Das Wort „Mehr Eisenbahnen“ möge nicht zum Schlagwort werden. Dr. Spahn habe recht, auch fahrbare Straßen müßten gebaut werden. Bei allen Bahnbauten müssen die wirtschaftlichen Interessen vor allen anderen maßgebend sein, dabei stets Vorsicht walten und die Rentabilität erwiesen sein. Die Missionstätigkeit sei nicht von Staats wegen zu fördern. Auch möge mit dem Worte „nationale Politik“ vorsichtig gearbeitet werden. Jede einzelne Maßnahme mit dem Worte zu decken, sei falsch. In Erwiderung auf die Ausführungen des Abg. Dr. Wiemer bemerkt der Staatssekretär, daß es bei den Eingeborenenkommissaren auf die richtigen Männer ankomme. Die Beamten in Daressalam hätten ihre volle Zustimmung mit seiner Praktik erklärt. Der Staatssekretär verbreitete sich dann über die in Ostafrika bestehenden Anstalten zur Hebung der Landeskultur und des geplanten Landeskulturamtes, welches eine zweckmäßige Zusammenfassung und Ausnutzung der verschiedenen landwirtschaftlichen Versuche und Einrichtungen ermöglichen solle. Solche Aemter sollen später in allen Kolonieen errichtet werden, und diese Anstalten sollen in Verbindung miteinander treten. Es sollen diese Aemter namentlich auch da eintreten, wo die Initiative der Privaten und Kommunen versage, wie z. B. bei der Bohrung von Brunnen an der Karawanenstraße. Der Bau fahrbarer Wege habe infolge des Küstenfiebers der Zugtiere nur beschränkte Bedeutung. Bei der Eisenbahnfrage müsse an einer gewissen Rente festgehalten werden. Aber auch der indirekte fiskalische Nutzen müsse berücksichtigt werden, also nicht bloß Frachteinnahmen, sondern auch Zolleinnahmen und Erhöhung des Steuerertrages. Auch solche Einnahmen müßten als Teil der Rentabilität betrachtet werden, vorausgesetzt, daß sie auch wirklich ziffernmäßig nachgewiesen werden. Was die Ansiedlungen betreffe, so könne die Besiedlung von Iringe (Uhehe) nicht vorbildlich sein. Die bisherigen Resultate seien zu ungenügend. Die Angriffe der Pflanzer habe er zurückweisen müssen, sei ihnen aber heute noch ebenso wohlgesinnt wie früher. Soziale Arbeitsreformen wolle er auch im Interesse der Pflanzer selbst. Manche Produkte, die für uns unentbehrlich sind, können nur auf Plantagen erzeugt werden. Auch dem Handel werde von der Verwaltung sein Recht zu teil. Die Regierung habe zwischen den verschiedenen Interessen auszugleichen, nicht die Partei des einen gegen den anderen zu ergreifen. Er vertrete eine gemeinnützige Politik im allgemeinen Interesse mit gleichem Wohlwollen für alle. Abg. Dr. Arning betont die Uebereinstimmung in der Kommission bezüglich des nationalen Gedankens; auch Dr. Spahn habe diesen Gedanken vertreten. Er geht dann auf die Inderfrage näher ein und hebt weiter die Bedeutung der Schulen hervor; die besten Arbeiter seien die, die lesen und schreiben können. Die Mitteilungen über die Prügeleien auf der Reise des Staatssekretärs seien auch ihm zugegangen. Man möge nur auf dem Zentralmagazin in Daressalam Erkundigungen einziehen, und man werde die Bestätigung erhalten. Für die Ansiedlungen von Weißen seien günstige und weite Gebiete vorhanden. Wenn man von schlechter Behandlung der Neger höre, möge man nicht vergessen, daß es sich um Ausnahmen handle, daß die Mehrheit der Ansiedler ein warmes Herz für die Neger habe. Abg. Erzberger (Z.): Die Diskussion habe in vielen Punkten die amtliche Sanktion mancher seiner früheren Anschauungen gebracht; besonders verwunderlich sei ihm, daß der Staatssekretär sich gegen den Vorwurf wehren müsse, als sei er nicht national genug; Redner führt jenen Gedanken näher aus. Die Aenderung in den Anschauungen beziehe sich darauf, daß heute ein erhöhter Schutz der Eingeborenen und der Bruch mit dem früheren Protektionssystem der Ansiedler gefordert werde. Wer die Arbeiter gut behandele, habe auch Arbeiter. Wann kommt die Arbeitsordnung heraus. Das alte Gesetz ist aufgehoben, wo ist das neue? Der Zwang zur Arbeit habe immer auf die Dauer Fiasko gemacht. Bezüglich der Pflanzer möge man sich hüten, ein weißes Proletariat heranzuziehen. Bei der Forderung von Summen für den Bahnbau auf dem Anleihemarkt dürfe der Rückschlag auf den einheimischen Geldmarkt nicht außer acht bleiben. Für die Missionen fordere er keine direkte, aber indirekte Förderung. Das sei ein natürlicher Ausfluß unseres christlichen Charakters. Das geschehe, indem man die christlichen Neger mehr heranziehe als bisher bei Anstellungen. Die Missionen haben an 117 000 Eingeborene unentgeltlich Medizinen abgegeben. Wie haben sie also allein auf sanitärem Gebiete gewirkt! Eine moralische Unterstützung von seiten der Verwaltung werde segensreich wirken. Darauf vertagt sich die Kommission. Nächste Sitzung morgen, Donnerstag, 10 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

* In der heutigen Sitzung der **Budgetkommission** wurde das Extraordinarium des Eisenbahnetats bewilligt und der Baubericht durch Kenntnisnahme erledigt. Im einzelnen ist folgendes hervorzuheben: Der Minister stellte ein Projekt in Aussicht für den Bahnhof Elmshorn, welches den Schwierigkeiten des Straßenüberganges Rechnung trägt. Hinsichtlich der Zustände des Güterbahnhofes in Elmshorn erklärte er, eine Aenderung in nahe Aussicht nicht stellen zu können. Der Minister erkannte an, daß die Zustände der Stadtbahn in Berlin unhaltbar seien. Es gebe zwei Möglichkeiten: die Einführung des elektrischen Betriebes und die Verbreiterung. Die Erwägungen befänden sich noch im Vorstadium, und es sei möglich, daß man beides trennte. Es wäre übrigens zu berücksichtigen, daß damit die Aenderung des Tarifs in engster Verbindung stände. Den Umbau des Bahnhofs Werder bei Potsdam konnte der Minister nicht in nahe Aussicht stellen. Hinsichtlich des Bahnhofs Köln erklärte der Minister, daß nunmehr auf lange Zeit dem Bedürfnis Genüge geschehen sein würde, wenn die in Aussicht genommenen Bauten ausgeführt wären. Hinsichtlich des Bahnhofs in Hamm sei ein Plan in Ausarbeitung, die Verhältnisse lägen aber schwierig. Hinsichtlich des Hauptbahnhofes in Frankfurt a. M., der 1886 eröffnet ist, erklärte der Minister, daß eine wesentliche Ausgestaltung in nicht langer Frist in Aussicht zu nehmen sei. Man habe seinerzeit bei Anlage des Bahnhofs nicht in Berücksichtigung ziehen können die vielen direkten Züge, welche durch Frankfurt nach Süddeutschland gingen. Diese haben eine ganz wesentliche Aenderung des Betriebes hervorgerufen. Hinzu komme die große Steigerung des Verkehrs, welche bewirke, daß auch die Bahnsteige nicht mehr genügen. Skizzen für die Ausgestaltung liegen bereits vor. Der Umbau des Bahnhofs in Königsberg i. Pr. sei in Bearbeitung. Die Sache hätte aber nach verschiedenen Richtungen Schwierigkeiten. Auf Anfrage erklärte der Minister, daß eine Unterführung für den Bahnhof Prenzlau nicht vorgesehen sei, die Sache solle aber nochmals geprüft werden. Mit dem nächsten Jahr ist die Herstellung des extraordinären festen Oberbaues erledigt. Hierfür sind im ganzen 15 Millionen erforderlich, und wird der nächste Etat den Rest von 5 Millionen enthalten.

Personalveränderungen in der Armee.

— Das Militär-Wochenblatt Nr. 27 enthält folgende Personalveränderungen:

Königlich preußische Armee. 25. Februar. ★Herzog Albrecht von Württemberg Königliche Hoheit, Königl. württemberg. Gen. der Kav., kommandierender General des 11. Armeekorps, von dieser Stellung behufs Ernennung zum kommandierenden General des 13. Armeekorps enthoben. ★v. Zepelin, Hauptm. und Komp. Chef im Füs. Regt. 122, unter Beförderung zum überzähl. Major mit Patent vom 27. Januar 1908 in dem Kommando nach Württemberg behufs Aggregierung bei dem gen. Regt. belassen. ★Krusemarck, Oberlt. im Füs. Regt. 122, zum Hauptm., vorläufig ohne Patent, befördert. ★Stein, Königl. württemberg. Lt. im Inf. Regt. 126, vom 1. März 1908 ab auf ein Jahr nach Preußen kommandiert, für diese Zeit dem Feldart. Regt. 51 zur Dienstleistung überwiesen. ★Mohn, Königl. württemberg. Oberstlt., bisher Major, Abteil. Kommandeur im Feldart. Regt. 30, von dieser Stellung behufs Ernennung zum diensttuenden Flügeladjutanten des Königs von Württemberg Majestät enthoben. ★Erlenbusch, Königl. württemberg. Major beim Stabe des Feldart. Regts. 43, von dieser Stellung, behufs Versetzung zum Stabe des Feldart. Regts. 49 enthoben. ★Hüger, charakteris. Major im Feldart. Regt. 43, von der Stellung als Battr. Chef enthoben und zum Stabe des Regts. übergetreten. ★Hüger (Karl), Oberlt. in Feldart. Regt. 43, unter Beförderung zum Hauptm., vorläufig ohne Patent, zum Battr. Chef ernannt. ★Braunbek, Königl. württemberg. Rittm., Komp. Chef im Train-Bat. 10, von dieser Stellung behufs Verwendung als Komp. Chef im Train-Bat. 13 enthoben. ★Lüdke, Oberlt. im Train-Bat. 10, unter Beförderung zum Rittm., vorläufig ohne Patent, zum Komp. Chef ernannt. ★Frhr. v. Falkenhausen, Oberlt. im Gren. Regt. 11, kommandiert zur Dienstleistung bei der Landesaufnahme, scheidet am 13. März aus dem Heere aus und wird mit dem 14. März 1908 in der Schutztruppe für Südwestafrika angestellt. ★v. Schroeder, Lt. im Garde-Drag. Regt. 23, dessen Kommando zur Dienstleistung als Ordonnanzoffizier bei des Großherzogs von Hessen und bei Rhein Königlicher Hoheit bis auf weiteres verlängert. ★Delitzsch, Lt. und Erzieher am Kadettenhause in Oranienstein, in das Gren. Regt. 9, ★Menzel, Lt. im Inf. Regt. 42, als Erzieher zum Kadettenhause in Oranienstein, — versetzt.

Abschiedsbewilligungen. 25. Februar. ★Haack, Lt. im Feldart. Regt. 75, mit der gesetzlichen Pension der Abschied bewilligt. ★Kraemer, Major und Flügeladjutant Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs von Hessen und bei Rhein, in Genehmigung seines Abschiedsgesuches mit der gesetzlichen Pension und der Erlaubnis zum Tragen seiner bisherigen Uniform, ★v. Baeckmann, Hauptm. a. D., zuletzt Bezirksoffizier beim Landw. Bezirk Solingen, mit seiner Pension und der Erlaubnis zum ferneren Tragen der Uniform des 4. Garde-Regts. zu Fuß, — zur Disp. gestellt. ★v. dem Hagen (Moritz), Lt. im Garde-Füs. Regt., der Abschied bewilligt. ★Bichmann, Lt. im Leibgarde-Inf. Regt. 115, unter Erteilung der Aussicht auf Anstellung im Zivildienst, der Abschied mit der gesetzlichen Pension aus dem aktiven Heere bewilligt; zugleich ist derselbe bei den Ref. Offizieren des genannten Regts. angestellt.

Königlich sächsische Armee. 9. Februar. ★Herzog Ernst von Sachsen-Altenburg, Hoheit, bisher Oberstlt., aus Anlaß Höchstdessen Regierungsantritts zum Gen. Major befördert unter Belassung à la suite des Jäger-Bats. 12.

24. Februar. Den Gen. Majoren: ★Wahle, Kommandeur der Inf. Brig. 45, ★v. Schlieben, Kommandeur der Inf. Brig. 6., ★Hilgendorff, Kommandeur der Feldart. Brig. 40, ★v. Kaufmann, Kommandeur der Inf. Brig. 88, — Patente ihres Dienstgrades vom 18 Februar 1908 verliehen. ★Seume, Major aggreg. dem Inf. Regt. 17, unter Ernennung zum Bats. Kommandeur, in das Inf. Regt. 13. ★Käufler, Hauptm. im Inf. Regt. 139, kommandiert zur Dienstleistung beim Bekleidungsamt 12. Armeekorps, als Mitglied zu diesem Bekleidungsamt, — versetzt. Die Oberlts.: ★Beyer im Inf. Regt. 107, dessen Kommando zum Besuch des Seminars für orientalische Sprachen in Berlin bis mit 30. September d. J. verlängert, ★Schroeder im Inf. Regt. 107, unter Belassung in dem Kommando zum Königlich preußischen Großen Generalstabe bis 31. März d. J., in das Inf. Regt. 177 versetzt. ★v. Campe von der Unteroff. Vorschule, in das Schützen-(Füs.) Regt. 108, ★Fabian von der Unteroff. Vorschule, in das Inf. Regt. 104, ★Flechsig im Inf. Regt. 104, zur Unteroff. Schule, ★Edler von der Planitz von der Unteroff. Schule, zur Unteroff. Vorschule, — mit dem 1. April d. J. versetzt. Die Lts.: ★Piehl, Melzer von der Unteroff. Schule, zur Unteroff. Vorschule, ★Witzel von der Unteroff. Vorschule, zur Unteroff. Schule, ★Albrecht im Inf. Regt. 181, zur Unteroff. Schule, mit dem 1. April d. J. versetzt. ★v. Criegern, Oberlt. im Garde-Reiter-Regt., dessen Kommando zur Dienstleistung bei der Gesandtschaft in Berlin bis mit 31. März 1909 verlängert. ★Leonhardi, Oberlt., bis 29. Februar d. J. in der Kaiserlichen Schutztruppe für Südwestafrika, mit dem 1. März d. J. in der Armee, und zwar als überzähl. Hauptm. mit einem Patente vom 16. April 1907 G¹ im Feldart. Regt. 77 wieder angestellt. ★Köthen, Oberlt. im Feldart. Regt. 77, vom 22. Februar bis mit 31. Mai d. J. weiterhin ohne Gehalt beurlaubt. ★Determann, Lt. im Feldart. Regt. 48, zur Funkentelegraphen-Abteil. des Königl. Preuß. Telegraphen-Bats. 1 kommandiert. ★v. Hinüber, Vizewachtm. im Garde-Reiter-Regt., ★Kaehrn, Unteroff. im Feldart. Regt. 64, — zu Fähnrichen ernannt.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Runge in Berlin. Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 32.